

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 12

Artikel: Zur Kritik des "Plans der Arbeit"
Autor: Walter, Emil J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

welche die Freiheitsrechte und die Demokratie verteidigt, geschieht, dann wird unsere Stellungnahme in den kommenden Kämpfen eine ganz andere sein. Die Sozialdemokratie wird die *Trägerin des Freiheitsgedankens* sein. Sie hat sich nicht durch eine schwächliche Haltung in der Vorfrage, durch eine Opportunitätsstellung diskreditiert, sondern sie hat sich bewußt auf den Boden der realen Tatsachen gestellt und *schon zu Anfang die faschistischen Spekulationen mit der Totalrevisionsbewegung* entlarvt. Das wird ihr in dem entscheidenden Momente den Kredit im Volke draußen verschaffen, um die Schweiz vor dem Faschismus zu retten.

Zur Kritik des „Plans der Arbeit“

Von Emil J. Walter.

Nachdem der Kongreß des VPOD. in Lausanne auf Veranlassung der Verbandsinstanzen am 3. Juni den »Plan der Arbeit« gutgeheißen hat, ist es angezeigt, in aller Oeffentlichkeit diesen Plan zu diskutieren. Mit Recht betont Willy Spühler in der Julinummer der »Roten Revue«, daß derjenige, der sich für den Plan einsetzt, die Kriseninitiative nicht ablehnen kann, und daß umgekehrt »die Kriseninitiative auf dem Wege zum Plan der Arbeit« liegt. Wenn man den letzteren Satz nicht wörtlich, sondern bloß sinngemäß auffaßt, so wird man auch ihm zustimmen können. Denn gegen die vom Verband des VPOD. beschlossene Fassung des Planes der Arbeit können wesentliche Bedenken erhoben werden, so richtig es auch ist, daß die durch die Kriseninitiative eingeleitete Politik ganz zwangsläufig schließlich auf die Forderung einer »Umgestaltung der wirtschaftlichen Ordnung« hinauslaufen muß.

Wer die Vorgeschichte der Entstehung des Planes der Arbeit näher kennt, weiß, daß dieser Plan in enger Anlehnung an den belgischen Plan der Arbeit von Hendrik de Man entstand. Das belgische und auch das russische Vorbild boten Veranlassung zu einigen taktischen Fehlern der Vorbereitung der Planarbeit, die sich bedauerlicherweise bereits zu scharfen Kontroversen verdichtet haben. So versuchte die Verbandsleitung in ihrer Broschüre »Wohin des Wegs?« mit einem Lenin-Zitat aus dem Jahre 1917 in den Kreisen der Linkssozialisten für ihre Idee zu werben, ohne auf entscheidende Gegenliebe zu stoßen, während dieses gleiche Zitat der bürgerlichen Presse das gesuchte Stichwort eines »bolschewistischen« Machwerkes bot.

Auch inhaltlich sind gegen den Plan grundsätzliche Einwände vorzubringen, die wir bereits in unserem Artikel in der Juninummer der »Roten Revue«, betitelt »Möglichkeiten schweizerischer Wirtschaftspolitik«, angedeutet haben. Der vorliegende Plan will zu vieles bringen und bringt dann im Detail doch zu wenig. Die Vision einer umfassenden Planwirtschaft der Schweiz hat die Verfasser veranlaßt, gewisse abstrakte Forderungen zu formulieren, die oft recht großzügig sind, aber gerade deshalb zuwenig an die konkreten Tagesbedürfnisse

und an die vorgegebene Struktur der schweizerischen Volkswirtschaft anknüpfen.

Der Plan der Arbeit ist in 9 Abschnitte gegliedert: I. Organisation der Industrie, II. Organisation des Verkehrswesens, III. Förderung von Kleingewerbe und Kleinhandel, IV. Förderung der Landwirtschaft, V. Schutz der Arbeit, VI. Organisierung des Kredits als öffentlicher Dienst, VII. Organisation des Außenhandels, VIII. Volkswirtschafts-direktion und eidgenössischer Wirtschaftsrat, IX. Politische Reformen.

Der Abschnitt IV, Förderung der Landwirtschaft, stimmt im wesentlichen mit dem dieses Frühjahr vom Parteitag beschlossenen Agrarprogramm der Partei überein. Die übrigen Punkte stehen formal einander gleichberechtigt gegenüber, sind aber sachlich einander durchaus nicht gleichgeordnet. Ein besonderer Abschnitt über die schweizerische Finanzpolitik fehlt. Die politischen Reformen sind recht knapp gefaßt.

Aber auch gegen die rein wirtschaftspolitischen Abschnitte müssen gewichtige Bedenken erhoben werden. Der erste Abschnitt: *Organisation der Industrie*, fordert eine »planmäßige Industriepolitik durch den zwangsweisen Zusammenschluß der Unternehmungen der einzelnen Industriezweige zu Industrieverbänden«, denen die Funktionen von Verkaufs- und Produktionskartellen, das heißt von regelrechten Syndikaten zuerkannt werden. Eine schematische Regelung, die viel zuwenig Rücksicht nimmt auf die Mannigfaltigkeit unserer Industrie (Großindustrie, Kleinindustrie, Reparaturbetrieb, Exportindustrie, Inlandindustrie, Großunternehmungen mit Filialen im Ausland usw.) und praktisch nur zu einer Stärkung des monopolkapitalistischen Charakters der schweizerischen Industrie führen müßte, ganz abgesehen von der Möglichkeit, daß der betreffende Vorschlag eine verzweifelte Ähnlichkeit mit gewissen Formen der Kriegswirtschaft oder einer ständestaatlichen Organisation besitzt.

Ein Plan für die Organisation der Industrie müßte unserer Meinung nach von den einzelnen Industriezweigen ausgehen, ihre konkreten technischen und wirtschaftlichen Bedingungen prüfen. Eine Quasi-Monopolindustrie wie die Uhrenindustrie muß auf anderer Basis organisiert werden, als die hemmungslos zusammenschrumpfende Stickereiindustrie oder die in Dutzende von Branchen zersplitterte Maschinenindustrie. Ebenfalls nicht berücksichtigt ist in der vorgesehenen industriellen Organisation die planmäßige Einführung neuer Industrien.

Der zweite Abschnitt über die *Organisation des Verkehrswesens* formuliert nur einige kurze Grundsätze, während gerade auf dem Gebiete der planwirtschaftlichen Regelung des Verkehrswesens gut durchdachte konkrete Vorschläge eine unbedingte Notwendigkeit wären.

Die Vorschläge zur Förderung von *Kleingewerbe und Kleinhandel* sehen die Konzessionierung des Kleingewerbes und Kleinhandels sowie die Einführung bindender Preistarife vor, mit andern Worten, es wird nichts Geringeres als eine Art Zunftsysteem vorgeschlagen.

Der Abschnitt »*Schutz der Arbeit*« enthält die bekannten sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften.

Im VI. und VII. Abschnitt werden wichtige sozialistische Postulate: die *Nationalisierung des Kreditwesens* und die *Organisation des Außenhandels* gefordert, Postulate, die zum Teil mit der Forderung nach Bankenkontrolle, Kompensationsverkehr, Kontrolle des Kapitalexportes übereinstimmen, zum Teil aber darüber hinausgehen.

Der Plan der Arbeit des VPOD. bietet wertvolle Anregungen: er bildet eine Diskussionsbasis. Aber wir glauben nicht, daß der Plan in der vorliegenden Form realisierbar, durchführbar ist. Entscheidende Fragen volkswirtschaftlicher Natur sind umgangen. Weder sind die Probleme der Währungs- und Finanzpolitik abgeklärt, noch wurde Stellung genommen zu dem Problem der Produktionskosten in Form der »Schere« von Lebenshaltungskostenindex und Mietzinsindex. Der ganze Plan ist dem Gedanken der »planmäßigen Ordnung« untergeordnet, während unseres Erachtens die zentrale Frage schweizerischer Wirtschaftspolitik die *höchstmögliche Steigerung der Er giebigkeit und Anwendbarkeit der schweizerischen Arbeit* darstellt.

Auch der Faschismus organisiert die Wirtschaft, aber er zerstört die *eine* Basis der Produktivkraft der Gesellschaft, die qualifizierte Arbeitskraft. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus gesehen ist das *zentrale Problem die Steigerung der Leistungsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft*. Daß dieses Ziel nur durch planmäßige Eingriffe in die Wirtschaft, das heißt durch weitgehende *Beschränkung des Grundsatzes der Handels- und Gewerbefreiheit* erreicht werden kann, liegt auf der Hand. Aber für jeden Produktionszweig, für Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft stellen sich die Probleme anders. Für diese Produktionszweige muß eine volkswirtschaftliche, das heißt eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Mit andern Worten, zunächst müssen die großen wirtschaftspolitischen Fragen der Preis-, Markt-, Kredit- und Finanzpolitik geklärt werden; dann wird es notwendig sein, diese allgemeinen Grundsätze in jedem einzelnen Produktionszweig, in der Schuhindustrie, in der chemischen Industrie, Textilindustrie, im Lebensmittelgewerbe usw. auf ihre *konkrete Anwendbarkeit* zu überprüfen. Auf dieser Basis wurde seinerzeit das Agrarprogramm der schweizerischen Partei ausgearbeitet. Auch für den Plan der Arbeit wird keine andere Arbeitsmethode möglich sein, es sei denn, man gedenke mit seinen Vorschlägen im Bereiche des Ideologischen zu verbleiben, wie dies bedauerlicherweise im Plan der Arbeit des VPOD. zu einem guten Teil der Fall ist*.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind in stetigem Fluß. Eine Volkswirtschaft, wie die schweizerische, welche weitgehend, wie kaum ein anderes Land, von der Weltwirtschaft abhängig ist, muß gerade deshalb *planmäßige, zielbewußte Wirtschaftspolitik* treiben, *Arbeit und Kapital* (resp. Reichtum) in den Dienst des Ganzen zu stellen wissen.

* Eine detaillierte ökonomische Kritik des Planes der Arbeit wird im Verbandsorgan des VPOD. erscheinen.

Daß damit das Problem der *Lastenverteilung* sowie die Frage der Beschaffung des notwendigen, neu zu *akkumulierenden Kapitals* aufgeworfen wird, muß wohl kaum besonders betont werden.

Soll die Arbeiterbewegung jene neue Epoche der Entwicklung einleiten, wozu sie berufen ist, so muß sie fähig sein, von der Formel zum konkreten Tatbestand, vom Schema zur wirtschaftlichen Wirklichkeit vorzudringen. Die deutsche Arbeiterbewegung ging nicht zuletzt daran zugrunde, daß es ihr nicht gelang, die sozialistische Zielsetzung aus dem Bereich des Schlagwortes in die anschaulich faßbare Formulierung zu verlegen. Die Arbeiterbewegung kann nur dann gesunden, wenn die geistige Kritik wirklich *radikal* ist, das heißt an die *Wurzeln* des Denkens und der Dinge greift.

Zum freiwilligen Arbeitsdienst

Von Dr. Eugen Steinemann.

So jung der freiwillige Arbeitsdienst (FAD.) in der Schweiz noch ist, hat er doch schon eine ganze Entwicklungsgeschichte hinter sich. In welcher Richtung diese Entwicklung in Zukunft gehen soll, steht gegenwärtig zur Diskussion in einer vom Bundesrat eingesetzten und vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit präsidierten Kommission zum Studium der Arbeitslagerfrage. In einer ersten Sitzung dieser Kommission am 26. Juni wurde hauptsächlich die Frage: Beibehaltung der Freiwilligkeit oder Einführung der Arbeitsdienstpflicht behandelt und vorläufig zugunsten einer vielleicht bedingten Freiwilligkeit entschieden. Angesichts der starken reaktionären Tendenzen, die nicht nur die Arbeitsdienstpflicht, sondern sogar einen »freiwilligen« Militärdienst einführen wollten, muß dieses Resultat als ein großer Erfolg des Fortschritts und der Einsicht gewertet werden.

Die Stellungnahme der Arbeiterschaft zum FAD. war nie ganz einheitlich. Währenddem die Sozialistische Jugend sogar unter den Initianten der ersten schweizerischen Arbeitslager war (durchgeführt im Frühling 1932 von der Zentralstelle für jugendliche Erwerbslose Zürich unter der Obhut der Vereinigung Ferien und Freizeit), wurde der FAD. später gelegentlich von den Offiziellen der Sozialistischen Jugend, geführt von den Zürcher Jungsozialisten, heftig bekämpft. Die Gewerkschaften haben von Anfang an in Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften für den FAD. mitgemacht und haben sich dort für eine Verbesernug der Lagerbedingungen eingesetzt, den FAD. aber grundsätzlich bejaht. Erst kürzlich hat der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Martin Meister, mit folgenden Worten zur Frage Stellung genommen: »Wenn wir auch das Obligatorium energisch bekämpfen, halten wir dafür, daß der freiwillige Arbeitsdienst . . . weiter gefördert werden soll«; obschon das Obligatorium vorläufig von den Instanzen abgelehnt sei, »müsse von seiten der Arbeiter-